

Deutschlandweiter Protest

„Wir stehen zusammen, weil wir zusammengehören!“



Ulrich Silberbach spricht am 9. April 2018 in Berlin zu den Demonstranten

Der dbb und seine Fachgewerkschaften haben die Warnstreiks, Demonstrationen und Mahnwachen vor der letzten Verhandlungsrunde am 15. und 16. April 2018 erneut ausgeweitet. Beschäftigte des Bundes, der Kommunen, der Bundesagentur für Arbeit, der Rentenversicherungsträger, der Unfallkassen und auch der Flughäfen beteiligten sich zu tausenden an den Ausständen. Unterstützt wurden sie von Beamtinnen und Beamten des Bundes.

ÖFFENTLICHER DIENST
MISS
6% mindestens 200 €
SEIN
EINKOMMENSRUNDE 2018

dbb.de

Berlin

Mehr als 1.000 Beamte und Angestellte haben am 9. April 2018 in Berlin für ihre Forderungen demonstriert. Die Beschäftigten haben mit ihrem Demonstrationzug vom Haus der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zum Bundesfinanzministerium dem dbb Verhandlungsführer Ulrich Silberbach lautstark den Rücken gestärkt und vor einem Scheitern der Verhandlungen gewarnt. Silberbach beklagte vor allem die Uneinsichtigkeit der kommunalen Arbeitgeber: „Jeden Tag hört man von Rekordeinnahmen und steigenden Überschüssen bei den Kommunen. Gleichzeitig sollen die Kolleginnen und Kollegen Zurückhaltung üben

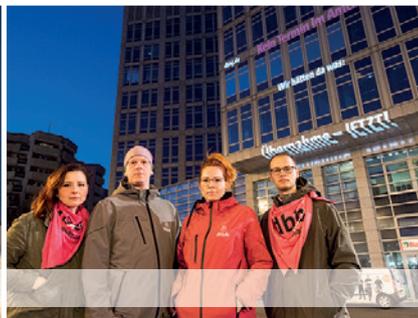


9. April 2018, Berlin





10. April 2018, Berlin (dbb jugend)



– Schluss damit!“ Schon mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung und die Konkurrenzfähigkeit des Staates müsse dringend umgesteuert werden, ergänzte Karoline Herrmann, Bundesvorsitzende der dbb jugend. Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, betonte den Schulterschluss von Angestellten und Beamten: „Wir stehen hier zusammen, weil wir zusammengehören! Die Entwicklung unserer Lebenshaltungskosten ist gleich, die zunehmende Arbeitsbelastung ist gleich, also muss auch die Einkommensentwicklung gleich sein. Deshalb bestehen wir auf der zeit- und wirkungsgleichen Übertragung der letztendlichen Tarifeinigung auf die Beamten und Versorgungsempfänger.“

dbb jugend erleuchtet die VKA

Eine weitere Form des kreativen und stillen Protest wählte die dbb jugend am 10. April 2018, indem sie mit einer Lichtprojektion am Gebäude der VKA in Berlin ihre Übernahmeforderung deutlich machte. In den frühen Morgenstunden wurden dadurch viele Passanten auf ihrem Weg zur Arbeit aufmerksam. Mit dem Slogan „Kein Termin im Amt? – Wir hätten da was: Übernahme – JETZT!“ präsentierte die Jugend ihre Lösung. „Angesichts der Tatsache, dass dem öffentlichen Dienst 200.000 Stellen fehlen, ist es traurig, dass wir Herrn Dr. Böhle unsere Forderungen schon an die Fassade schreiben müssen. Die Übernahme der Auszubildenden sollte selbstverständlich sein“, unterstrich die Vorsitzende der dbb jugend, Karoline Herrmann.

Flughäfen



Volker Geyer spricht am 10. April 2018 in Frankfurt / Main zu den Demonstranten



Auch die Beschäftigten der Fraport AG, vom Flughafen München und vom Flughafen Köln / Bonn sind dem Streikaufruf des dbb gefolgt und haben am 10. April 2018 ihre Arbeit niederge-



10. April 2018, Frankfurt / Main





10. April 2018, Dresden



legt. Es kam zu erheblichen Beeinträchtigungen im Flugverkehr. „Hier sieht man eindrucksvoll, wie vielfältig und bedeutsam der öffentliche Dienst ist“, betonte Volker Geyer auf der Kundgebung am Frankfurter Flughafen. Die Beschäftigten seien in vielen Bereichen das Rückgrat der Gesellschaft. „Die Verantwortung, die damit einhergeht“, stellte Geyer klar, „schlägt sich aber nicht angemessen auf dem Lohnzettel nieder.“ Gerade mit Blick auf den Flughafen Frankfurt hob Geyer den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst hervor. „Die Leute vor Ort gehen auf dem Zahnfleisch“, sagte er „man sieht das schon am hohen Krankenstand.“

Dresden

In Dresden haben sich am 10. April 2018 Beschäftigte vor dem Neuen Rathaus zu einer Mahnwache getroffen. Jens Weichelt, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, rief der Arbeitgeberseite zu: „28 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ist den Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Mauer zwischen den Tarifgebieten Ost und West nicht mehr vermittelbar. Die Ost-West-Angleichung der Jahressonderzahlung ist überfällig. Tagtäglich werden aus den unterschiedlichsten Orten Deutschlands Meldungen über fehlendes Personal und über Nachwuchsprobleme im öffentlichen Dienst laut. Und andererseits wissen wir, dass es unserem Land wirtschaftlich richtig gut geht und die Steuereinnahmen sprudeln. Nur am Potsdamer Verhandlungstisch scheint das keine Rolle zu spielen.“

Erfurt

In Thüringen kam es am 10. April 2018 zu einem landesweiten, ganztägigen Warnstreik. Vor dem kommunalen Arbeitgeberverband in Erfurt gab es eine Mahnwache. „Die Kolleginnen und Kollegen erwarten nicht nur endlich ein akzeptables Tarifangebot“, sagte der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes (tbb), Helmut Liebermann. „Sie erwarten über ein vernünftiges Einkommensplus hinaus auch, dass unsere Forderung nach Angleichung der Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West der VKA endlich umgesetzt wird!“ Waldemar Dombrowski, Bundesvorsitzender der vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales, forderte eine finanzielle Stärkung der unteren Einkommensgruppen: „Einen erstklassigen öffentlichen Dienst bekommt man nicht mit zweitklassigen Gehältern.“ „Die Arbeitgeber verspielen mit ihrer Verschleppungstaktik das Vertrauen der jungen Beschäftigten“, sagte tbb Jugend-Chefin Mareike Klostermann und wies auf den Mangel an motivierten Nachwuchskräften hin.

Bremerhaven

Ebenfalls am 10. April 2018 haben sich in Bremerhaven Beschäftigte zu einer Protestaktion versammelt. „Es ist gut zu sehen, dass ihr hier und heute noch einmal Flagge zeigt“, sagte der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, auf der dortigen Kundgebung. „Die Arbeitgeber müssen endlich akzeptieren, dass jede und jeder von euch täg-



10. April 2018, Erfurt





lich alles gibt: Deshalb darf den Beschäftigten die verdiente Anerkennung in Form einer Einkommenserhöhung nicht vorenthalten werden.“ „Es ist ein Skandal, dass die Arbeitgeber in Potsdam die Tatsache ignorieren, dass der öffentliche Dienst nur dann funktionsfähig bleiben kann, wenn er auch bei den Löhnen und Gehältern konkurrenzfähig ist“, bekräftigte auch der Vorsitzende des dbb bremen, Jürgen Köster. „Immer mehr Arbeitsverdichtung, unbefriedigende Ausstattung und immer schwierigere Kunden bei schlechter Bezahlung“, brachte der dbb-Tarifbeauftragte für das Land Bremen, Wilfried Lex, die vorherrschende Arbeitswirklichkeit im öffentlichen Dienst auf den Punkt. „So geht man nicht mit seinen Bediensteten um.“

Wir informieren wie immer aktuell auf:
www.dbb.de/einkommensrunde.



Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



Bestellung weiterer Informationen

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Dienststelle/Betrieb

Beruf

Beschäftigt als:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.

Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.

Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben und Zwecke des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften notwendig sind, einverstanden.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Telefon: 030.4081-5400, Fax: 030.4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de